

Fraktionsvorsitzender Heinrich Tiedemann,  
Ratsitzung 23.06.2009

## Antrag der SPD-Fraktion zur Änderung der Hauptsatzung

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

1974 nach der letzten Gemeindereform wurden in der Stadt Bremervörde in den größeren Ortschaften (mehr als 500 Einwohner) Ortsräte gebildet. In den kleineren Ortschaften wurden Ortsvorsteher eingesetzt. Lediglich für die Kernstadt Bremervörde wurde keine Regelung getroffen.

Seit vielen Jahren beobachten wir jetzt die Arbeit der Ortsräte in den Ortschaften und wissen, dass durch das Engagement von Ortsräten, Ortsbürgermeistern und Ortsvorstehern in den Dörfern viel mehr geleistet wurde als nur der Frühjahrsputz und das Beobachten von Schlaglöchern.

Die Aufgaben des Ortsrats sind in der NGO genau beschrieben und in einem Satz kann man zusammenfassen: **Der Ortsrat ist in allen wichtigen Angelegenheiten die die Ortschaft betreffen zu hören.** Wir wissen natürlich, dass der Stadtrat letztendlich das entscheidende Gremium ist. Trotzdem sind wir der Meinung, dass, wie in den anderen Ortschaften, ein Ortsrat der sich ausschließlich um die Belange der Kernstadt kümmert, unbedingt erforderlich ist.

Nicht nur wir halten einen Ortsrat für die Kernstadt für nötig, sondern nach der Ratsdiskussion 2006 wurden wir immer wieder von Bürgern angesprochen, die unsere Auffassung bestätigten.

Die jetzige Situation mit Ortsräten, Ortsvorstehern und keine Regelung für die Kernstadt ist für viele Bürger unverständlich, zumal im Rahmen der Gleichbehandlung keine vernünftigen Gründe gibt die gegen einen Ortsrat in der Kernstadt sprechen.

Nach der Abstimmung vor 3 Jahren ist uns die ablehnende Meinung der Verwaltung und der CDU-Fraktion wohlbekannt.

Aus Gesprächen mit WG Pro BRV, den GRÜNEN und auch der FDP wissen wir, dass auch sie die Notwendigkeit für einen Ortsrat in der Kernstadt sehen.

Gemeinsam haben wir daher ein Bürgerbegehren gestartet, damit die Bremervörder in einem Bürgerentscheid selbst bestimmen können, ob sie einen Ortsrat wollen oder nicht. Durch eine hohe Zahl von Unterschriften, können wir jetzt schon von einem Erfolg sprechen und in einem Bürgerentscheid wird letztlich direktdemokratisch entschieden, ob es demnächst einen Ortsrat in der Kernstadt gibt oder nicht.

Wir haben diesen Antrag zur Änderung der Hauptsatzung gestellt, weil der Rat einen Bürgerentscheid noch abwenden kann wenn er im Wesentlichen im Sinne des Bürgerbegehrens entscheidet. Durch einen entsprechenden Beschluss ersparen wir uns den Bürgerentscheid, ansonsten soll nach unseren Vorstellungen am 27.Sept. zusammen mit der Bundestagswahl über das Bürgerbegehren abgestimmt werden.